

## Hans Georg Zilian/Johannes Moser Der rationale Schmarotzer

***Zusammenfassung:** Mit zunehmender Arbeitslosigkeit entwickelte sich auch eine Diskussion über den Mißbrauch des Sozialversicherungssystems. Die Autoren untersuchen die dabei gängigen Argumentationsmuster und zeigen, daß in die entsprechenden Vorwürfe empirisch und theoretisch nicht zu rechtfertigende Annahmen eingehen. Abschließend setzen sie sich mit der gesellschaftlichen Funktion dieser Mißbrauchsdebatte auseinander.*

Arbeitslosenunterstützungen werden gezahlt, weil Leute arbeitslos geworden sind; und der Sinn eines Arbeitslosenversicherungssystems ist in einer Entschärfung des ökonomischen Existenzkampfes der Arbeitnehmer zu sehen. Diese eminent plausiblen Aussagen können allerdings von einer Position aus verworfen werden, die sich ebenfalls auf die Autorität des common sense berufen kann – in einer jener dramatischen kognitiven Wendungen, die den großen theoretischen Durchbruch (ebenso wie den Anfall von Geistesverwirrung) charakterisieren, könnte man behaupten, daß Personen in Arbeitslosigkeit abgehen oder verbleiben, weil es Arbeitslosenunterstützungen gibt, und dem ganzen System die Funktion zuschreiben, die Arbeitsmoral der Bevölkerung zu untergraben. Zwischen derartigen konkurrierenden Perspektiven zu entscheiden, ist selten einfach, wenn auch nicht unmöglich, wie uns die naivere Sorte von Wissenssoziologen weismachen möchte; allerdings ist nicht garantiert, daß eine solche Entscheidung überhaupt notwendig ist.

Variationen der spektakulären These, daß die Arbeitslosenversicherung Arbeitslosigkeit erzeugt – daß sie also die Krankheit erst herbeiführt, für deren Therapie sie sich hält – finden sich bei Unternehmern, die des öfteren geneigt sind, ihre Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen (seien diese Probleme nun real oder imaginär) auf »hohe« Unterstützungszahlungen zurückzuführen. Auch viele Arbeitnehmer wirken an dieser spezifischen Mythenbildung mit, indem sie Arbeitslosen Arbeitsunwilligkeit und ein gesichertes ökonomisches Auskommen zuschreiben. Den am leichtesten dokumentierbaren Niederschlag findet diese Position in unseren Medien, die sich gerne zum Sprachrohr »der Wirtschaft« machen, also jener Leute, die ihrerseits behaupten, für alle Unternehmer zu sprechen. Hierzu ein Beispiel. Einem Artikel eines österreichischen Massenblattes ist zu entnehmen, daß sich Betriebe in zunehmendem Maße über »arbeitsunwillige Arbeitslose« beschwerten; dies führe zu Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen. Eine Diskussion über eine Reform der Arbeitslosenversicherung sei entstanden, und zwar »angesichts einer Arbeitslosenzahl von 120 000 Ende Juli/Anfang August und offenen Stellen im Bereich der Wirtschaft ...«. Der Reporter liefert in einer nebenstehenden Glosse gleich eine Erklärung der Ursachen der Arbeitslosigkeit; die sieht dann so aus:

»Das hat zum einen etwas mit der Krise der Verstaatlichten, samt unangenehmer Folgewirkungen zu tun, zum anderen aber auch damit, daß es in Österreich mehrere zehntausend Personen gibt, die das soziale Netz als eine Art finanzielle Hängematte betrachten. Eine Hängematte, in der es sich auf Kosten der Allgemeinheit zwar nicht fürstlich, aber einigermaßen bequem leben läßt.«<sup>1</sup>

So unsicher die Grammatik des Autors, so sicher sind seine empirischen Diagnosen – er hat »mehrere zehntausend« Schmarotzer identifiziert; wie er das getan hat, bleibt sein Geheimnis. Es handelt sich bei solchen Auslassungen nicht um isolierte Entgleisungen, sondern um die in der österreichischen Tagespresse übliche Berichterstattung über ein komplexes wirtschaftliches und soziales Problem. Die derart manifestierte Entschlossenheit zur Aufstellung von völlig aus der Luft gegriffenen Behauptungen ist weitverbreitet, ebenso wie das von jedem Sachwissen unberührte Erstaunen über die wenig bemerkenswerte Tatsache, daß es auch bei Arbeitslosigkeit offene Stellen gibt. Hinzu kommen Motivzuschreibungen an Personen, die man überhaupt nicht kennt; die Arbeitslosen werden dann als Akteure dargestellt, denen es egal ist, ob sie Arbeit haben oder nicht, ob sie die Achtung ihrer Umwelt genießen, oder ob sie öffentlich verteufelt werden, und denen völlig gleichgültig ist, woher ihr Einkommen rührt – solange nur die Kasse stimmt. Es werden ihnen damit Motive abgesprochen, die die meisten Menschen haben, und ihnen ein Sozialcharakter angedichtet, der sich noch am ehesten bei korrupten Journalisten oder opportunistischen Politikern findet. Der Schmarotzervorwurf ist oft nichts anderes als der Vorwurf der Korruption, mit dem sich die Eliten bei den Massen revanchieren.

Das in diesem Zusammenhang relevante Bündel von common sense-Annahmen wurde in seiner ganzen Banalität auch von der Wissenschaft abgesegnet. Ein Menschenbild, das dem Alltagsdenken entspricht und auf dieses zurückwirkt, geht in theoretische ökonomische Modelle ein, die in der zeitgenössischen Wirtschaftswissenschaft auch empirischen Tests unterworfen werden. Nur in seltenen Fällen fehlt diesen Ökonomen das Reflexionsniveau, die Unvollständigkeit ihrer Systematisierungen einzusehen. Da jedoch der Einbezug weiterer Variablen, deren Messung und die theoretische Verarbeitung dieser Daten auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würde, wird diese Beschränkung als eine Art berufliches Handicap hingenommen. Die äußerst problematische Natur der bei den angeblichen Tests verwendeten Daten wird meist nur als technische Frage aufgefaßt; da im allgemeinen offizielle Arbeitsmarktdaten verwendet werden müssen, geht es dann nur mehr darum, darunter die »besten« auszuwählen. Werden dann die Ergebnisse präsentiert – etwa, daß so oder so viel % der Arbeitslosigkeit »freiwillig« sind –, dann bleibt all das und noch mehr unter dem Teppich. Die Befunde dieser Art von Forschung formen die öffentliche Meinung und beeinflussen die alltägliche Praxis unserer Entscheidungsträger unbeschadet der Tatsache, daß sie keineswegs auf sicheren Fundamenten beruhen, sondern auf einem Morast aus ungelösten konzeptuellen, empirischen und methodologischen Fragen.

Eine der Grundannahmen der Theorie, daß die Existenz und/oder die Höhe von Unterstützungszahlungen freiwillige Arbeitslosigkeit erzeugen, hat in unserer Kultur eine Tradition, die bis auf das Alte Testament zurückreicht – Arbeit ist ein Übel, Freizeit hingegen ein Gut. Die klassische Ökonomie war ebenfalls dieser Vorstellung ver-

haftet; sie wurde unter Bedingungen ausgeformt, die diese Idee als einigermaßen zwingend erscheinen ließ. Auf Schottland, die Heimat von Smith und Ricardo, traf dies in besonderem Ausmaß zu – immerhin wurden in Schottland bis ins 20. Jahrhundert hinein Äcker unter Einsatz menschlicher Muskelkraft und hölzerner Pflugscharen bestellt; während schottische Kochbücher, ebenfalls aus diesem Jahrhundert, noch Rezepte für allerlei unsägliche Delikatessen enthalten, darunter in Mauerritzen luftgetrocknete Fischköpfe. Dieses Verhältnis zwischen Input und Output läßt die klassische Ökonomie wie eine profane Erlösungsdoktrin erscheinen, wenn Arbeitsteilung, Freihandel und die Unsichtbare Hand den Wohlstand mehren, ohne daß sich der individuelle Arbeitseinsatz erhöhen müßte. Es würde die Befreiung von Arbeit verheißen, deren Konzeption in der Plackerei einer bitterarmen Bevölkerung von Bauern, Schäfern und Fischern wurzelte. Vermutlich verdanken wir derselben historischen Konstellation auch die Witze vom »geizigen« Schotten.

Die stark vereinfachende und in vielen konkreten Fällen falsche Annahme, daß Arbeit vorwiegend mit negativen und Freizeit vor allem mit positiven Anreizen verbunden ist, findet sich auch heute noch bei den Nachfahren von Smith und Co. Es kommt hier zu »trade-offs« zwischen Arbeit, Freizeit und Einkommen, bei denen stets unterstellt wird, daß man gewinnt, wenn man Arbeit aufgibt, ohne dabei an Einkommen einzubüßen, und daß die Aufgabe von Freizeit einen Verlust darstellt, der kompensiert werden muß. Unter diesen plausibel erscheinenden Annahmen wird der Rentier oder der Totomillionär zum Menschen, der am Ziel seiner vordringlichsten Wünsche ist – und das klingt schon wesentlich weniger plausibel.

Dennoch findet sich dieser Grundgedanke immer wieder im Werk der Neo-Klassiker, manchmal in subtilen Variationen. Wäre auch ein Arbeitsplatz ein uneingeschränktes Übel, dann wäre kaum einsichtig, warum man sich gegen dessen Verlust versichern sollte – man versichert sich schließlich auch nicht gegen die Befreiung von einer Krankheit. Folgerichtig haben Herbert Grubel und Michael Walker bei ihrer Übertragung versicherungstheoretischer Prinzipien auf die Problematik der Arbeitslosigkeit den Verlust der Arbeit auch als *Schadensfall* konzipiert; der Schaden liegt allerdings nicht darin, daß man zu arbeiten aufhören muß, sondern im Verlust der mit der Arbeit gekoppelten Entlohnung<sup>2</sup>. Ihre zentrale Annahme ist im versicherungstheoretischen Begriff des »moralischen Risikos« (»moral hazard«) inkorporiert – mit der Höhe des Eigenrisikos nimmt die Wahrscheinlichkeit der Schadensfälle ab.

Existiert nun in einer Gesellschaft ein Arbeitslosenversicherungssystem, dann senkt dies das Eigenrisiko; Arbeitnehmer werden dann eher bereit sein, den Schaden des Arbeitsverlusts selbst herbeizuführen, ob fahrlässig oder vorsätzlich. Offensichtlich wird hier durch die verwendete Begrifflichkeit bereits einiges präjudiziert – man könnte dieselben Sachverhalte auch in anderer Sprache formulieren, etwa im hinreichend trivialen Hinweis, daß das Versicherungssystem ja gerade dazu dient, den Entscheidungsspielraum des Arbeitnehmers zu erweitern. Darüber hinaus fassen Grubel und Walker die Arbeitnehmer sozusagen als überversichert auf. Bei Überversicherung ist es bekanntlich verlockend (und rational), den Schadensfall herbeizuführen, da die Versicherungssumme einen höheren Nutzen stiftet als das Ausbleiben des

Schadensfalles. Diese Idee ergibt Sinn, wenn der Schaden durch den Einsatz finanzieller Mittel in unproblematischer Weise behebbar ist – die übertversicherte Keusche wird niedergebrannt und durch ein schönes neues Haus ersetzt. Schwieriger wird es, wenn unersetzbare Werte versichert werden – eine Fingerkuppe mag in den meisten Fällen übertversichert sein, wenn ihr Verlust mit einer Million Schilling abgegolten wird; ob jemand jedoch für dieselbe Summe eine Hand hingeben würde, variiert sehr stark über Personen und deren Lebenslagen. Das Leben der eigenen Kinder wiederum ist für viele Leute unversicherbar – auch beliebig hohe Geldsummen können den Verlust nicht kompensieren.

Die Übertragung des »moral hazard«-Ansatzes auf die Arbeitslosenversicherung blendet nun eben jene immateriellen Komponenten weg, die der Theorie und der Praxis der Versicherung Probleme aufgeben. Der »Schadensfall« wird so konstruiert, als handle es sich lediglich um die Einbuße finanzieller Mittel, was – so wird weiter unterstellt – durch Geldleistungen aus einer anderen Quelle mühelos kompensiert werden kann. Genau so könnte man den »Wert« eines Kindes nach der Höhe des entgangenen erwarteten Lebenseinkommens berechnen. Dies geschieht auch tatsächlich; Juristen und Versicherungsleute, die in dieser Währung rechnen, dürften sich jedoch im allgemeinen darüber im klaren sein, daß diese Berechnungsmethode nichts über die wirklichen Motive wirklicher Menschen aussagt. Es bleibt bestimmten Ökonomen vorbehalten, Makromodelle zu bauen, die einen Mikroakteur voraussetzen, der nur mehr in Geld und Geldeswert rechnet – der unter anderem mit seiner Arbeit, einem wichtigen Aspekt seines Lebens, so umgeht, als wären anfallende Kosten problemlos durch finanzielle Mittel kompensierbar. Es ist bezeichnend, daß sich in der hier erörterten Literatur Meta-Aussagen finden, in denen die Unterstellung eines moralischen oder moralisierenden Standpunkts vorbeugend zurückgewiesen wird:

»Unser Modell geht von der Voraussetzung aus, daß die Arbeiter auf eine Reihe neuer Angebote mit entsprechenden von der Regierung geschaffenen Löhnen rational reagieren.«<sup>3</sup> So macht es eine hohe Ersatzrate für diese Autoren »rational«, wenn mehr Freizeit »konsumiert« wird, weil deren Grenzkosten gesunken sind. Die Autoren Grubel und Maki distanzieren sich zwar auf diese Art von den einfältigeren Zuschreibungen von »Faulheit« etc. an Arbeitslose, übersehen aber, daß gerade ihre versuchte »wertfreie« Betrachtungsweise dem zu beschreibenden und zu erklärenden Verhalten eine Deutung gibt, die bestimmte Wertungen impliziert. Wie würden wir über Eltern denken, die ihr Kind ertrinken lassen, weil die Kosten seines Todes durch eine Versicherung gesenkt oder gar überkompensiert werden? In ähnlicher Weise wird in Grubels und Makis Ansatz individuellen Akteuren eine Sichtweise zugeschrieben, die verwerflich wäre, wenn sie tatsächlich vorläge. Ob dies überhaupt der Fall ist, ist eine vorläufig noch offene empirische Frage.

Eine nah verwandte Verkürzung der ökonomistischen Perspektive liegt in der Vorstellung, daß es Akteuren gleichgültig ist, aus welcher Quelle ihr Einkommen stammt, da Geld unabhängig von seiner Herkunft als universelles Tauschmedium fungiert. Nicht einmal diese letztere Annahme – daß man für Geld Nahrung und Kleidung, Bier und Zigaretten kaufen kann, unabhängig davon, aus welcher Quelle es stammt – stimmt

hier, wie jene englischen Wirte demonstrierten, deren Pub sich in der Nähe der Arbeitsämter befindet, und die sich weigern, an Arbeitslose alkoholische Getränke auszuschenken. Von größerer praktischer Bedeutung ist jedoch die Tatsache, daß reale Wirtschaftssubjekte im allgemeinen einen Unterschied zwischen Almosen und Löhnen, zwischen dem Taschengeld und dem ersten selbstverdienten Gehalt machen. Auf dem Markt erzielte Währungseinheiten können so einen höheren Nutzen stiften, als dieselbe Geldmenge, die z.B. aus philanthropischen Gründen transferiert wurde. Dieser Gedankengang sollte besonders Ökonomen nicht fremd sein; wer sich auf dem Markt bewährt, der macht sich von partikularistischen Abhängigkeiten oder einer allgemeinen Philanthropie, auf die man nicht wirklich zählen kann, *frei* – die Geduld der Eltern mag sich erschöpfen, nicht aber die Abnahmebereitschaft eines Marktes, der das brauchen kann, was man zu bieten hat. Selbstverdientes Geld wird so zu einer Quelle des Selbstwertgefühls; dies ist weder bei Almosen noch bei Lottotreffern der Fall. Die Annahme der unproblematischen Substituierbarkeit des Arbeitseinkommens durch Arbeitslosenunterstützung widerspricht somit sogar dem Weltbild der neoklassischen Ökonomen. Dies hindert sie nicht daran, sie in ihre Theoriegebäude und Regressionsmodelle aufzunehmen. Freilich könnte argumentiert werden, daß der gewöhnliche Arbeitsanbieter an falschem Bewußtsein leidet, daß er die Segnungen des freien Marktes nicht so genau durchschaut wie der Wirtschaftswissenschaftler – damit reduziert sich das Problem auf die empirische Frage, ob konkrete Wirtschaftssubjekte die Herkunft ihres Einkommens ebenso ignorieren wie dies die Theorien des Ökonomen tun. Es gibt unzählige Indizien dafür, daß dies nicht der Fall ist; worauf es hier vor allem ankommt, ist jedoch die Tatsache, daß eine positive Antwort auf diese Frage von den betreffenden Wirtschaftswissenschaftlern a priori angenommen wird. Der Schmarotzer der Volksmeinung ist jedoch genau jemand, dem es egal ist, ob sein Einkommen aus Arbeit stammt oder nicht, oder der es gar vorziehen mag, wenn er ein Einkommen erzielt, ohne dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen. Kurioserweise ist der letztere Typ dem Aristokraten vergangener Zeiten nachempfunden; das snobistische Überlegenheitsgefühl des englischen »gentleman of leisure« gegenüber Fabrikanten und anderen, die aus Arbeit Lebensunterhalt und Selbstwertgefühl beziehen, ist gut dokumentiert. Auch Kriminelle, Spekulanten und Bohemiens gehören hierher; sie grenzen sich unter anderem von der bürgerlichen Welt ab, indem sie einen ihrer zentralen Werte, die Arbeit, verwerfen.

In der Tat würde eine ökonomische Theorie des Verbrechens von ähnlicher Naivität wie die hier zur Debatte stehende Theorie der Erosion des Arbeitswillens durch staatliche Fürsorge ungefähr wie folgt aussehen: Akteure maximieren ihren Nutzen; wer also aus Banküberfällen ein erwartetes Lebenseinkommen erzielen kann, dessen Nutzen nach Abzug des Erwartungswerts der Kosten (Haft etc.) den Nutzen aus einem Arbeitseinkommen übersteigt, wird zum rationalen Verbrecher werden. Der Einbau eines »moralischen Diskontierungsfaktors« – »unrecht Gut gedeiht nicht« – würde zwar noch immer innerhalb des utilitaristischen rechenhaften Bezugssystems verbleiben, zumindest aber der Tatsache Rechnung tragen, daß Akteure Hemmungen haben können, den Unterschied zwischen rechtmäßig und unrechtmäßig Erworbenem zu

ignorieren. Auch in diese Theorie wäre noch immer die Annahme eingebaut, daß jedermann seinen Preis hat – nicht vorgesehen sind dabei Fälle, wo Leute lexikographische Präferenzen zugunsten eines rechtschaffenen Lebenswandels haben. Diese mögen auf dem Rückzug befindlich sein; ob das der Fall ist, bleibt allerdings eine empirische Frage. Auch innerhalb der engen Theorie vom rationalen Verbrecher würden sich die meisten existierenden Kriminellen als irrational herausstellen, da sie durch legale Arbeit meist ein höheres Lebenseinkommen erzielen könnten, als durch ihre deviante Betätigung. Die Theorie läßt damit nicht nur unerklärt, wer zum Verbrecher wird und wer nicht, sie erklärt auch nicht, warum Leute überhaupt kriminell werden. Diese Theorie wäre offensichtlich absurd; darüber hinaus sind in ihrem Rahmen Akteure a priori als Verbrecher entworfen. Die Absurdität einer Theorie des rationalen Verbrechers sollte uns zumindest skeptisch gegenüber der gar nicht so verschiedenen Theorie von den verschwundenen Arbeitsanreizen machen.

Die Annahmen, daß Arbeit ein Übel und Freizeit ein Gut ist, und daß Wirtschaftsteilnehmern die Quelle ihres Einkommens egal ist, implizieren zusammen, daß ein arbeitsloses Einkommen einem Arbeitseinkommen vorgezogen wird; dies wiederum läßt nach Auffassung mancher Ökonomen den Schluß zu, daß Arbeitslose (auch individuell gesehen) freiwillig arbeitslos sind. Der Akteur dieses Weltbildes ist zwar aller rechtlichen, moralischen und ästhetischen Motive entkleidet, seine Willensfreiheit wird ihm allerdings belassen – wie der freie Konsument hat er zwei verschiedene Optionen verglichen und sich dann souverän für die eine entschieden, in diesem Fall Arbeitslosigkeit. Die alltäglichen Schuldzuweisungen an Arbeitslose finden auch hier ihr wissenschaftliches Gegenstück. Zunächst sei eingeräumt, daß die ökonomische Sichtweise desto adäquater wird, je niedriger das Niveau ist, auf dem die Entscheidung zwischen Arbeitseinkommen und arbeitslosem Einkommen fällt. Dies wird besonders deutlich, wenn die Arbeitsaufnahme einen negativen finanziellen Anreiz involviert, also einen Realeinkommens*verlust* mit sich bringen würde – vielleicht würde ein Wirtschaftssubjekt S 5.000,- aus einer unstigmatisierten Quelle einem stigmatisierten Einkommen von S 6.000,- vorziehen, doch wird dann der materielle Grenznutzen der S 1.000,- Differenz im allgemeinen so hoch sein, daß man »es sich nicht leisten kann, arbeiten zu gehen«, wie das Beamte der Arbeitsmarktverwaltung gerne formulieren; damit wird auch der Preis der Tugend zu hoch.

Der umgekehrte Fall dürfte allerdings häufiger sein: der Arbeitslose wählt zwischen einem niedrigen arbeitslosen Einkommen und einem geringfügig höheren Lohnangebot. Wendet man den skizzierten Gedankengang hier an, dann müßte in diesen Fällen ein starker Anreiz bestehen, Arbeit aufzunehmen – auch wenn der differentielle Gewinn pro Zeiteinheit, die sich von Freizeit in Arbeit verwandelt, »absolut« gering ist, sollte er auf einem niedrigen allgemeinen Nutzenniveau doch einen bedeutenden Nutzen stiften – hier kann es sich der Arbeitslose nicht leisten, arbeitslos zu bleiben. Unterstellt wird dabei allerdings ein kurzfristiger Planungshorizont; es ist eine offene empirische Frage, wer tatsächlich so kalkuliert. Aus längerfristiger Perspektive – im Extremfall bei Einbezug des Lebenseinkommens – ist es nicht unbedingt rational, diese kurzfristigen Gewinne zu erzielen. Je geringer der Unterschied zwischen den bei-

den Einkommen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, daß das Einkommen des Betroffenen im Falle des Verlusts der neuen Stelle unter dem derzeitigen liegt. Vor allem Arbeitslose mit einer Geschichte der Mehrfachbetroffenheit sehen sich hier durchaus realen Risiken gegenüber, die gerade von Ihnen auch am ehesten wahrgenommen werden dürften. Man beachte, daß dieser Mechanismus lediglich auf den Berechnungsmodus der Arbeitslosenunterstützung zurückzuführen ist und mit deren Höhe relativ zum Lohnniveau nichts zu tun hat; es ergeben sich hier Beschränkungen des Handlungsspielraums, die unabhängig davon sind, ob Unterstützungszahlungen »zu hoch« sind oder nicht. Man hat in diesem Zusammenhang von einer »Armutsfalle« gesprochen;<sup>4</sup> es wäre treffender, den geschilderten Sachverhalt mit »Versicherungsfalle« zu bezeichnen. Den Zwängen des betroffenen Einzelnen korrespondiert hier eine Paradoxie des Systems – der Anreiz, Arbeit aufzunehmen, wird durch eine Maßnahme gesenkt, die von der Idee her den Zweck verfolgt, diesen Anreiz zu erhalten. Bei den Beziehern niedriger Einkommen gewinnt auch die Annahme der fehlenden intrinsischen Anziehungskraft der Arbeit an Plausibilität. Während in den höheren Einkommensklassen Substitutionen zwischen Arbeitszufriedenheit und Einkommen möglich sind –, man denke an Wissenschaftler, die nicht nur auf einem hohen Nutzenniveau wählen, sondern auch tatsächlich mit verschiedenen Merkmalskombinationen konfrontiert sind – besteht am unteren Ende des Einkommensspektrums eine Korrelation zwischen den negativen Merkmalen; schlecht entlohnte Arbeiten sind häufig auch eintönig, anstrengend, unsicher etc. Trade-offs zwischen Lebensqualität am Arbeitsplatz und Einkommen stellen dort eher die Ausnahme dar, damit kann der angebotene Arbeitsplatz in seiner Gesamtausstattung *sehr* unattraktiv werden. Somit liegt jene Kombination von Faktoren, die von der Theorie vom verfallenen Arbeitsanreiz vorausgesetzt wird, am ehesten bei jenen Arbeitnehmern vor, denen die schlechtesten Angebote gemacht werden. Dieses keineswegs überraschende Ergebnis läßt die Frage offen, ob diese Arbeitnehmer »freiwillig« arbeitslos sind. Für viele Ökonomen ebenso wie für Teile der allgemeinen Öffentlichkeit ist die Antwort auf diese Frage einfach – wer die Wahl zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit hat und sich für letztere entscheidet, der ist freiwillig arbeitslos. Der Ökonom verweist in solchen Kontexten gern auf die »Präferenzen« von Wirtschaftssubjekten<sup>5</sup> – so wird etwa global Arbeitslosigkeit der Arbeit vorgezogen, oder eine bestimmte Kombination von Freizeit und Einkommen einer anderen. Der Schluß von Präferenzen auf Freiwilligkeit stellt allerdings ein non sequitur dar – auch jemand, der mit vorgehaltener Pistole gezwungen wurde, in den Fluß zu springen, hat es vorgezogen, zu springen; er ist allerdings weder freiwillig gesprungen, noch befindet er sich freiwillig im Fluß. Wird »freiwillige« Arbeitslosigkeit jenen zugeschrieben, die den größten ökonomischen Zwängen unterliegen – z.B. jenen, die in der Versicherungsfalle gefangen sind –, dann verwandelt sich die wissenschaftliche Diagnose in reine Demagogie. Die von Arbeitslosigkeit stärker bedrohten und betroffenen Bezieher niedriger Einkommen haben so zum Schaden noch den Spott – sie stehen zwar im Regen, aber das durchaus »freiwillig«. In einer kuriosen Umkehrung wird ihnen von jenen, die ihr Leben tatsächlich in gewissem Ausmaß gestalten können, die über wesentlich höhere

symbolische und finanzielle Ressourcen verfügen, eine Entscheidungsfreiheit zugeschrieben, die sie niemals besitzen können. Die Theoretiker und Praktiker einer Kommerzialisierung, die begonnen haben, nur mehr in Geld zu rechnen, weil das am einfachsten war, und die jetzt nicht mehr anders rechnen können, erschaffen noch den ärmsten Teufel – dem der nicht-monetäre Bereich des Lebens am ehesten noch Chancen bieten könnte – nach ihrem Bilde; als jemanden, dem jegliches nicht-finanzielle Motiv gleichgültig ist.

Ein demagogisches Hantieren mit dem Freiheitsbegriff durchzieht die gesamte Rhetorik der liberal-konservativen Sozialwissenschaft; da wird dann auch der Allerärmste zum Musterbeispiel des freien Menschen, mit der zweifach falschen Begründung, daß ihm niemand Vorschriften macht,<sup>6</sup> und wer das Erschossenwerden dem Gehängtwerden vorzieht, von dem wird gesagt, daß er freiwillig in den Tod gegangen ist. Die These von der freiwilligen Arbeitslosigkeit vollführt in fast allen ihren Spielarten eben diesen konzeptuellen Taschenspielertrick. So wird etwa aus der angeblichen Tatsache, daß ein Arbeitnehmer »freiwillig« seinen Job aufgegeben hat, geschlossen, daß er nun freiwillig arbeitslos ist. Nicht nur ist äußerst schwierig festzustellen, ob hier die Prämisse stimmt – man denke an jene, die selbst kündigen, um dem Gekündigtwerden zuvorzukommen –, sondern auch der Schluß ist gänzlich illegitim. Schon Ryle hat auf den normativen Charakter von Zuschreibungen der »Freiwilligkeit« hingewiesen;<sup>7</sup> bei der Identifikation von »freiwillig« Arbeitslosen geht es selbstverständlich nicht um die Frage des psychologischen Determinismus, sondern darum, was wir angesichts der einem Akteur offenen Optionen vernünftigerweise von ihm erwarten oder verlangen können. Jemand, der seine Arbeit aufgibt, weil sie ihm unerträglich geworden ist – und das soll ja außerhalb der Studierstuben von Ökonomen manchmal vorkommen – ist nicht im selben Sinn »freiwillig« arbeitslos wie jemand, dem die Arbeitslosigkeit als noch anziehender erschien, als seine ohnehin bereits attraktive Arbeitsstelle. Die undifferenzierte Verwendung des Ausdrucks in diesen sehr verschiedenen Kontexten resultiert aus einer normativen Grundannahme der Theoretiker der freiwilligen Arbeitslosigkeit – daß fast *alle* Ansprüche, die Arbeitnehmer an Arbeitsplätze stellen mögen, unvernünftig oder ungerechtfertigt sind. Wer sich weigert, eine Stelle anzutreten, für die er überqualifiziert ist oder die sehr schlecht entlohnt ist, hat sich aus dieser Warte für die Arbeitslosigkeit entschieden. Das stimmt natürlich, läßt aber völlig offen, wie frei diese Entscheidung war und wie freiwillig der resultierende Zustand ist.

Die These von der freiwilligen Arbeitslosigkeit leugnet die Existenz von ökonomischem Zwang. Von »Zwang« können wir nur dann sprechen, wenn eine *Handlung* des Akteurs zur Debatte steht – wenn jemand von der Brücke ins Wasser geworfen wurde, dann ist sicher, daß er nicht freiwillig im Wasser gelandet ist, ebenso sicher aber, daß er auch nicht gezwungen wurde, zu springen. Wer von »Freiwilligkeit« bereits dort sprechen möchte, wo eine Handlung und eine Entscheidung vorlag, zieht den Kontrast in dieser Angelegenheit gegenüber jenen Situationen, wo die Handlungs- und Entscheidungskomponente überhaupt fehlt – das ist aber eben nicht der relevante Kontrast. Diese Verwirrung – ein Schwanken zwischen verschiedenen Bedeutungs-



komponenten von »freiwillig« – ist für die verschiedenen Konzeptionen der freiwilligen Arbeitslosigkeit typisch. Wenn also Guy Standing seine Kritik an diesen Ansätzen in den Worten zusammenfaßt: »Die Unterscheidung zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Arbeitslosigkeit ist wesentlich von rhetorischer Art, mit ideologischen Untertönen.«<sup>8</sup>, dann zielt das in subtiler Weise an der Problematik vorbei. Die Distinktion selbst ist weder rhetorisch noch ideologisch; wir können auch im Alltag zwischen jenen unterscheiden, die sich freiwillig zum Heer gemeldet haben, und jenen, die eingezogen wurden; zwischen jenen, die zu einer Ehe genötigt wurden, und jenen, die sich freiwillig verhehlicht haben. Allerdings wird diese brauchbare und notwendige Unterscheidung von den Neo-Klassikern in ideologischer und irreführender Weise *gehandhabt*, indem der essentielle normative Bezug des Konzepts verschleiert wird und ganze Klassen von Personen zu »freiwillig« Arbeitslosen erklärt werden, auf die der Ausdruck ganz eindeutig *nicht* zutrifft. Unsere Begrifflichkeit wird so in einer Weise vergewaltigt, die ihre exakte Parallele in der Aussage hat, der Mann wäre freiwillig von der Brücke gesprungen.

Die individualistische These von der freiwilligen Arbeitslosigkeit geht von einem Wirtschaftssubjekt aus, das angesichts bestimmter dem Einzelnen vorgegebener Parameter – z. B. dem allgemeinen Lohnniveau oder dem seiner Berufssparte – zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeit zu wählen hat. Die kollektive Version der These behauptet, daß kollektive Aushandlungsprozesse und staatliche Gesetzgebung, die ihrerseits unter dem Druck der Gewerkschaften und anderer Vertreter der Arbeitnehmerinteressen zustande gekommen sind, zu Lohnniveaus geführt haben, die unter anderem die Grenzproduktivität der Arbeit unrichtig bewertet. Dort wo solche Marktverzerrungen fehlen, gibt es zwar niedrigere – »markträumende« – Löhne, dafür aber auch keine Arbeitslosigkeit. Jene Gruppen, die die »künstlich« erhöhten Löhne durchgesetzt haben, sind daher selbst an der Arbeitslosigkeit schuld; also ist Arbeitslosigkeit »freiwillig«.<sup>9</sup>

Obwohl diese Gleichgewichtsanalyse keineswegs unumstritten ist, können wir sie um des Arguments willen als korrekt unterstellen. Der für unsere Zwecke entscheidende kognitive Schritt, der Übergang von der banalen Tatsache, daß gesellschaftliche Entwicklungen auf individuelle Handlungen und kollektive Mechanismen zurückzuführen sind, zur Idee, daß die resultierenden Zustände als gewollt, in Kauf genommen, oder »freiwillig« aufzufassen sind, ist dann als das eigentliche Problematische anzusehen. Wäre dieser Schritt immer gestattet, dann könnte man auch die Abhängigkeit eines Kolonialvolks als »freiwillige« Knechtschaft bezeichnen. Damit wir einen gesellschaftlichen Zustand als »freiwillig« herbeigeführt und/oder beibehalten bezeichnen können, müssen schon noch weitere Bedingungen vorliegen; wie im individuellen Fall müssen die die Entscheidung umschreibenden Parameter ebenso präzisiert werden, wie die Alternativen, die überhaupt offenstehen. Die Argumentation der Theoretiker der freiwilligen Arbeitslosigkeit kann dann wie folgt rekonstruiert werden: die Arbeitnehmerschaft (die Gewerkschaft) hat ja die Wahlmöglichkeit, Arbeitslosigkeit durch Unterordnung unter die Marktgesetze zu vermeiden. Da sie von dieser Option keinen Gebrauch macht, ist das Ergebnis von ihr gewollt und zu verantworten.

Dies ist wie ein Spiel, bei dem die eine Partei die Regeln aufstellt und die Gegenpartei, die sich diesen Regeln nicht unterwerfen will, als Spielverderber bezeichnet. Man kann ohne weiteres zugestehen, daß die Zwänge der reinen Marktwirtschaft genauso beschaffen sind, wie sie von ihren Anhängern dargestellt werden, ohne deshalb darauf festgelegt zu sein, sich diesen Zwängen zu unterwerfen. Dadurch verweigert man sich gegenüber einer Alternative, deren mangelnde Attraktivität durchaus begründbar ist. Die Arbeitnehmerseite, die die freundliche Einladung, ihre bisher errungene Verhandlungsmacht aus der Hand zu geben, ausschlägt, sieht sich dann der projektiven Beschuldigung gegenüber, existierende Arbeitslosigkeit selbst herbeigeführt zu haben – in meinem Szenario, so der Neo-Klassiker, gibt es ja nur die »natürliche« Arbeitslosigkeit, die die Allokationseffizienz des Marktes verbessert. Auch wenn letzteres stimmen sollte, und auch wenn man berücksichtigt, daß Gewerkschaften häufig der Versuchung erliegen, lediglich als Lobby der Arbeitsbesitzer aufzutreten, folgt die ganze Argumentation noch immer der zweifelhaften Logik des Dr. Eisenbart – der kann auch völlig wahrheitsgemäß behaupten, daß der Fußpilz nach Amputation des Beines verschwunden sein wird. Wer sich also der Roßkur nicht unterwirft, der leidet »freiwillig« an Fußpilz.

Die Frage, was man vernünftigerweise von anderen erwarten oder verlangen kann, spielt auch hier eine zentrale Rolle. Die Idee, daß Arbeitnehmer ihre Arbeitskraft zu »markträumenden« Preisen verkaufen sollen, kennt keine moralischen Nebenbedingungen – Visionen, in denen sich die Unterprivilegierten wieder in Scharen als Domestiken der Wohlhabenden oder auch nur jener, die an der »offiziellen« Ökonomie teilhaben, verdingen, werden dadurch ebenso zugelassen, wie die Marathontänze der 30er-Jahre. An diesem letzten Beispiel sieht man auch, daß es nicht nur darum geht, was sich die einen gefallen lassen, sondern auch darum, was die anderen bereit sind, ihnen anzutun. Nach den Dienstleistungen der Tänzer bestand eine Nachfrage, und die Kassen klingelten – eine »historische« Verteilung des Wohlstands hatte sich ergeben, die es den Mitgliedern der wohlhabenderen Gruppen gestattete, die anderen für sich tanzen zu lassen. Wer hier nichts anderes sieht als die Gefahr, daß den Tänzern einmal der Geduldsfaden reißen wird, der setzt das Muster der Instrumentalisierung mit anderen Mitteln fort; er übersieht, daß auch die Achtung vor anderen bestimmte »Arbeiten« unzumutbar macht. Die vom Utilitarismus geprägte Ökonomie entmoralisiert damit nicht nur den Akteur, sondern auch sich selbst, im Namen einer durchaus zweifelhaften wirtschaftlichen »Rationalität«; das Bild des Schmarotzers blickt uns hier aus einem halbblinden Spiegel entgegen.

Wo jeweils von den unmittelbar Betroffenen und den Käufern bestimmter Dienstleistungen die Grenze gezogen wird, unterliegt natürlich historischen und kulturellen Variationen. Der Schuhputzer ist aus dem österreichischen Stadtbild verschwunden; in anderen Ländern – die ärmer, oder der Rhetorik der Marktwirtschaft besonders verhaftet sind – gibt es ihn noch. Irreführend ist nur die Unterstellung, daß es keine solche Grenze – als soziologisches Faktum – gibt; oder die Idee, daß es keine solche Grenze geben sollte. Wird die Verweigerung gegenüber erniedrigenden oder gefährlichen Tätigkeiten, die sich auch in kollektiven Mechanismen ausdrücken kann, als Beweis der

»freiwilligen« Arbeitslosigkeit genommen, dann haben wir es mit eben dieser Gedankenwelt zu tun. Diese eröffnet sich auch in kühnen dualen Arbeitsmarkttheorien, die aus der Existenz eines frei zugänglichen Arbeitsteilmarkts auf die Freiwilligkeit der beobachteten Arbeitslosigkeit schließt. Standing erwidert hier, daß der frei zugängliche und zum Teil informelle Sektor einerseits gar nicht so frei zugänglich ist (wie etwa die Berufsrolle des Hausierers), daß andererseits der »freie« Sektor auch illegale Aktivitäten und das Betteln umfaßt. Z. B. Bettler als beschäftigt aufzufassen, wäre, so Standing, ähnlich irreführend wie die spiegelbildliche Behauptung, daß jene, die solche Optionen nicht wahrnehmen, freiwillig arbeitslos seien.<sup>10</sup>

In diesem Zusammenhang ist Frank Field zu erwähnen, der die Auswirkungen der Vier-Wochen-Regel untersucht hat, die Mitte 1968 in Großbritannien eingeführt wurde. Danach bekamen gesunde, ungelernete Männer unter 45, die in wirtschaftlich prosperierenden Regionen lebten, nur vier Wochen lang Arbeitslosengeld. Field resümiert:

»Die These von der freiwilligen Arbeitslosigkeit hätte kaum besser überprüft werden können als durch die Anwendung dieser Regel. Es zeigte sich, daß selbst von Bewerbern, die große Anstrengungen auf die Erlangung einer neuen Stelle gerichtet hatten, da ihnen die oftmals einzige Einkommensquelle verlorengegangen war, viele keine neue Arbeit fanden.«<sup>11</sup>

Nach Field wurden viele der von der Regel betroffenen Menschen erstmals kriminell, verfielen auf Männerprostitution oder begannen, auf Kosten ihrer Partnerinnen zu leben. Er kommentiert dies trocken: »Für diejenigen, die mit der Vier-Wochen-Regel eine Stärkung der protestantischen Arbeitsethik erwartet hatten, war das nicht gerade das Ergebnis, mit dem sie gerechnet hatten.«<sup>12</sup> Er übersieht dabei die Möglichkeit, daß man mit den erwähnten Theoretikern des dualen Arbeitsmarktes auch sagen könnte, die betreffenden Männer hätten Arbeit gefunden. Dies wäre zwar absurd, aber nur konsequent – die ökonomistische Perspektive nähert sich hier an psychopathische Denksysteme an, die eine offenkundige empirische Inadäquatheit mit einer gußeisernen internen Logik verbinden.

Das Menschenbild der Theorie vom fehlenden Leistungsanreiz und der »freiwilligen« Arbeitslosigkeit ist das eines ökonomisch rationalen Wirtschaftssubjekts, dem jegliche soziale, politische und moralische Perspektive fehlt. Dieser Typus kennt keinen Stolz und keine Würde, keine Achtung und keine Selbstachtung; sein einzig menschlicher Zug ist ein Hang zur Faulheit, der nur durch finanzielle Anreize überwunden werden kann – kurz, er ist der geborene Schmarotzer. Mit seiner Rationalität ist es allerdings nicht sonderlich weit her: Er maximiert seinen kurzfristigen finanziellen Eigennutzen. Zur Entmoralisierung des Akteurs tritt hier die Vulgarisierung seiner Rationalität. All dies ist ganz und gar a priori; in diesem Sinn hat auch Robert Solow festgestellt, daß diese Theorien »einfach annehmen, was sie zu beweisen vorgeben«.<sup>13</sup> Wie sieht es allerdings mit den empirischen Ergebnissen aus? Könnten die verschiedenen Annahmen der Theorie nicht durch den empirischen Befund zumindest partiell validiert werden?

Britische Ökonomen wurden 1966 von ihrer Regierung mit einem natürlichen Experiment beglückt, und zwar durch die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung

durch die Einführung des »earnings-related supplement« (ERS). Im Oktober des Jahres, nur einen Monat nach der Änderung des Systems, gab es einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit von 340 000 auf 436 000; im November kletterte der Wert auf 543 000.<sup>14</sup> Dennis Maki und Z. A. Spindler haben versucht, in einer Zeitreihenanalyse den kausalen Beitrag der erhöhten Ersatzrate zu isolieren. Deren Anstieg von etwa 50 % auf 70 % war nach ihren Schätzungen für etwa 30 % der Zunahme der Arbeitslosigkeit verantwortlich.<sup>15</sup> Die Studie hat sehr viel Kritik ausgelöst; vor allem die Tatsache, daß 84 % der Arbeitslosen überhaupt kein ERS bezogen haben, läßt gehörige Skepsis an den Ergebnissen von Maki und Spindler aufkommen.<sup>16</sup> Deren »repräsentative« Ersatzrate (bei Maki und Spindler wird die Ersatzrate eines verheirateten Mannes mit zwei Kindern zugrunde gelegt) ist also nicht sonderlich repräsentativ; in der Formulierung von A. B. Atkinson et al.: »Eine der Kritiken an der Zeitreihen-Literatur besteht darin, daß derlei repräsentative Berechnungen wenig Bezug zur Realität des Unterstützungsempfangs aufweisen und auch als Indikator für längerfristige Trends in die Irre führen.«<sup>17</sup>

Querschnittanalysen, die sich auf Daten über individuelle Betroffene stützen, entziehen sich dieser Kritik. Während Maki und Spindler mit den »typischen Beziehern« ihres Modells die Weisheit des Stammtischs nachahmen – wo die hohen Ersatzraten mancher Arbeitsloser flugs auf die gesamte Population projiziert werden –, wird in realitätsbezogeneren Studien zumindest versucht, die tatsächliche Höhe der finanziellen Vorteile, die Individuen und Klassen von Individuen in und außerhalb der Arbeitslosigkeit zu wachsen, in den Griff zu bekommen. In einer Querschnittsanalyse von S. J. Nickell wurden z. B. vier Kategorien von Variablen identifiziert, die die Wahrscheinlichkeit des Abgangs aus der Arbeitslosigkeit bestimmen – persönliche Merkmale, Familienzusammensetzung, die örtliche Nachfrage nach Arbeitskraft und Einkommensvariablen.<sup>18</sup> In das Modell, dessen Parameter zu schätzen waren, fanden dann auch Variable wie Alter, Gesundheitszustand, Familiengröße, Stellenandrang etc. explizit Eingang. Die für Nickell und die vorliegende Diskussion zentralen Einkommensvariablen wurden als Quotient aus dem Realeinkommen (der Familie) des betroffenen Individuums während der Arbeitslosigkeit und dem potentiellen Realeinkommen, würde der Betreffende Arbeit annehmen, bestimmt. Das potentielle Einkommen wiederum fußt auf dem Mittelwert der Lohnangebote, die innerhalb der relevanten Beschäftigungskategorie gemacht werden, vermehrt um sonstiges Familieneinkommen: Einkommen des Ehepartners, Mietbeihilfen, Familienbeihilfen, kostenlose Mahlzeiten in Schulen etc. Die Werte dieser Variablen für die einzelnen Individuen werden entweder direkt der Volkszählung entnommen oder aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen fixiert. Beim Mittelwert der Lohnangebote wird eine grobe Einkommensfunktion zugrunde gelegt, die für acht Gruppen von den »professionals« bis zu »Ungelernten, körperlich Tätigen« definiert ist.<sup>19</sup>

Das arbeitslose Familieneinkommen schließt ebenfalls das Einkommen des Partners, Wohnbeihilfen etc. ein, sowie die gesetzlich vorgesehenen Unterstützungszahlungen wie Arbeitslosengeld oder ERS. Jene Komponente des Nenners der Ersatzrate, auf die es eigentlich ankommt, wird also nicht empirisch für die einzelnen Individuen ermit-

telt, sondern aufgrund der erwähnten Einkommensfunktion und der gesetzlichen Vorschriften geschätzt. Wie Nickell selbst vermerkt, wird so die Ersatzrate überschätzt.<sup>20</sup> Dennoch haben wir es hier zweifellos mit einem Fortschritt gegenüber Maki und Spindler zu tun. Darüber hinaus verwendet Nickell noch alternative Bestimmungsmethoden des arbeitslosen Familieneinkommens, z.B. durch den Einbezug von Selbstauskünften über vergangenes Einkommen, soweit diese verfügbar waren. Nickells Hauptergebnis besteht im Nachweis, daß der Zusammenhang zwischen Ersatzrate und Abgangswahrscheinlichkeit aus der Arbeitslosigkeit mit der Dauer der Arbeitslosigkeit variiert – bei einer Dauer von unter 20 Wochen ist der Zusammenhang hoch signifikant, wenn auch von geringer quantitativer Bedeutung, darüber läßt sich kein signifikanter Zusammenhang nachweisen.<sup>21</sup>

Die Studie belegt recht deutlich die formidablen Schwierigkeiten, denen sich empirische Arbeiten dieses Typs gegenübersehen. Die Fragestellung würde sich bis ins Unenträgliche verkomplizieren, würde man über die elementare Operationalisierung der »Persönlichkeitsmerkmale«, die in das Modell eingeht, hinausgehen. So verbleibt Nickell im Rahmen jener Para-Theorie, bei der zwar Alter und Krankheit die Abgangswahrscheinlichkeit aus der Arbeitslosigkeit modifizieren, nicht jedoch die konkreten Motive der betroffenen Akteure – von denen er nicht einmal in allen Fällen das vergangene Einkommen weiß. Der Entscheidungsspielraum und die Rationalität des Akteurs sind immer noch in spezifischer Weise verengt; daß die Wahrscheinlichkeit, aus der Arbeitslosigkeit abzugehen, mit zunehmender Unterstützung sinkt und mit zunehmendem gebotenen Einkommen steigt, erscheint ihm als »offensichtlich« – in einer Fußnote verweist er gar auf einen »formalen Beweis« dieser Behauptung.<sup>22</sup> Daß man empirische Generalisierungen dieses Typs durch formale Beweise etablieren kann, muß als überraschender Gedanke bezeichnet werden.

Andere Autoren haben die Frage jedenfalls – wie übrigens Nickell selbst, solange er sich mit substanzwissenschaftlichen Problemen befaßt – als empirische behandelt und sind dabei zu recht unterschiedlichen Ergebnissen gekommen. Für die Bundesrepublik in den siebziger Jahren hat Heinz König eine versicherungsinduzierte Verlängerung der Verweildauer und damit eine Erhöhung der Arbeitslosenraten um 10 % geschätzt;<sup>23</sup> Franz Egle und Werner Karr haben vor allem die Datenbasis dieser Schätzungen kritisiert und sind ihrerseits zur Schlußfolgerung gelangt: »... die Bezieher von Arbeitslosengeld haben gegenwärtig eine durchschnittlich kürzere Verweildauer in der Arbeitslosigkeit als alle anderen. Der Versuch des Nachweises ›freiwilliger‹ Arbeitslosigkeit ist also nicht durchführbar«.<sup>24</sup> Allerdings kann man den Spieß nicht so einfach umkehren, da ein Vergleich der durchschnittlichen Verweildauer der Nicht-Versicherten mit jener der Versicherten per se noch nichts beweist; Nicht-Versicherte sind ja häufig »sekundäre« oder gar marginale Arbeitskräfte, bei denen wir aus diesem Grund eine längere Verweildauer in der Arbeitslosigkeit erwarten können. Gary Fields fand hingegen bei einem Vergleich der Betroffenheit von Versicherten und Nicht-Versicherten, daß die Nicht-Versicherten zwar eine höhere Rate aufweisen, dafür aber *kürzere* Betroffenheitsphasen; auch er verweist auf die problematische Aussagekraft eines solchen Vergleichs, da unter den Versicherten Weiße, Männer und

»prime age workers« überrepräsentiert sind.<sup>25</sup> Das Resümee seiner Übersicht über eine Reihe amerikanischer Studien ist wert, zitiert zu werden:

»Empirischen Studien zufolge ist anzunehmen, daß die Arbeitslosigkeit durch die Arbeitslosenversicherung nur sehr geringfügig verlängert wird, und nichts deutet darauf hin, daß die Versicherung Personen zu häufigerer Arbeitslosigkeit veranlaßt. Außerdem werden mögliche Wirkungen der Versicherung auf die Arbeitslosigkeit durch vier Faktoren gemindert: lückenhafte Einbindung in das Versicherungssystem; der vielen Arbeitern in Zeiten der Arbeitssuche mögliche Zugang zu anderen Einkünften als der Arbeitslosenversicherung; der negative Eindruck, den unterbrochene Beschäftigungsverhältnisse bei potentiellen Arbeitgebern hervorrufen sowie die Konkurrenz mit den Arbeitsuchenden, die keine Unterstützung erhalten, um die knappen Arbeitsplätze.«<sup>26</sup>

Ähnliche empirische Studien liegen für viele andere Länder vor; wenn dann z.B. für Belgien ein Zusammenhang zwischen Ersatzrate und Arbeitslosenrate nachgewiesen wird, nach dem die Arbeitslosigkeit um 14 % sinken würde, wäre die Ersatzrate des Jahres 1974 noch so niedrig wie 1954<sup>27</sup>, dann müssen diese Produkte der ökonomischen Hexenküche mit größter Vorsicht genossen werden – angesichts der gewaltigen theoretischen und praktischen Schwierigkeiten solcher Zeitreihenanalysen und ihrer extrem unsicheren Datenbasis gaukelt eine Diagnose dieses hypothetischen Sinkens der Arbeitslosenrate von 2,11 % auf 1,82 % eine wissenschaftliche Exaktheit vor, die einfach nicht gegeben ist.

Das Problem der Pseudokorrelation stellt sich hier in aller Schärfe, wie Nickell erläutert:

»... der statistische Niederschlag der Ersatzrate in den Untersuchungen der Nachkriegszeit ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sowohl die Ersatzrate als auch die Arbeitslosenrate während eines Großteils der letzten zwanzig Jahre als Ergebnis langfristiger Trends gestiegen sind. Die Einbeziehung irgendeiner anderen Variable, die sich im Zeitablauf stetig verändert, wird meist dazu führen, daß sich dieser Effekt verringert.«<sup>28</sup>

Was von diesen Studien der Kritik standhalten kann, ist dann noch immer mit der Interpretation verträglich, daß durch Unterstützungszahlungen nicht die Anzahl der Arbeitslosen, sondern deren Verweildauer erhöht wird. Dieser Befund ist weder überraschend, noch alarmierend – es ist ja geradezu der Zweck eines Arbeitslosenversicherungssystems, es dem Arbeitnehmer zu ermöglichen, sich ohne Panik um einen neuen Job umzusehen. Grubel und Maki, die sich der produktiven Funktion von Sucharbeitslosigkeit durchaus bewußt sind, sind daher auch gezwungen, nur jene Arbeitslosigkeit als »induziert« aufzufassen, die »zu lange« dauert.<sup>29</sup> Wenn nun Nickells erwähnter empirischer Befund stimmen sollte, dann gäbe es jenseits einer Betroffenheitsspanne von 20 Wochen überhaupt keine induzierte Arbeitslosigkeit – ein weiteres Ergebnis, das nahelegt, daß man das »Problem« der induzierten Arbeitslosigkeit mit mehr Gleichmut betrachten könnte, als üblich ist, sollte sich herausstellen, daß es überhaupt existiert. Jedenfalls stellt sich innerhalb der 20 Wochen – und sollte Nickell Unrecht haben, dann eben ganz allgemein – die naheliegende Frage »Wie lange ist >zu lange?« Hat man sich über die interne logische Hürde hinweggesetzt, die hier auftaucht – wenn, wie auch Grubel und Maki zugestehen, Suchzeiten die Allokationseffizienz des Marktes steigern, dann bedeutet »länger« ja »besser« – dann bleiben nur mehr vage normative Spekulationen; Grubel und Maki beziehen sich hier explizit auf

populäre Ansichten, denen zufolge das Versicherungssystem in betrügerischer Weise ausgenutzt wird:

»Einer in der Bevölkerung weitverbreiteten Auffassung zufolge verleitet Arbeitslosenunterstützung zum »Betrug«, und viele Menschen wissen Geschichten über Arbeiter zu erzählen, die ihre Entlassung selbst herbeigeführt haben, die sich nur dem Schein nach um eine Arbeit bemühen, die offenkundigen oder notdürftig getarnten Freizeitaktivitäten nachgehen, und zur gleichen Zeit Arbeitslosenunterstützung erhalten.«<sup>30</sup>

Ihr Modell, so finden Grubel und Maki, »erklärt«, wie Leute zu einem solchen Verhalten angeleitet werden. Es kann nicht überraschen, daß das zur Wissenschaft geronnene Vorurteil das Verhalten der Gegenstände dieses Vorurteils »erklärt«. Bemerkenswert ist auch die Idee, daß Freizeitbeschäftigung des Arbeitslosen etwas Illegitimes ist, so daß sie sogar verschleiert werden muß. Arbeitslose dürfen sich bekanntlich nicht formell fortbilden; sie dürfen nicht arbeiten, denn das wäre Schwarzarbeit; werden ihnen dann noch schließlich Freizeitaktivitäten vorenthalten, dann bleibt ihnen als einzige legitime Aktivität die Arbeitssuche. Dort, wo es keine Stellen gibt, ist auch das keine sehr befriedigende Tätigkeit – Standing hat darauf verwiesen, daß man jemanden, der etwas sucht, das es nicht gibt, als irrational auffassen muß.<sup>31</sup> In solchen Fällen läßt die theoretische Ökonomie dem Arbeitslosen nur mehr die Wahl zwischen zielloser Hyperaktivität und katatonischem Dahindämmern. Die Frage nach der gerechtfertigten oder rechtfertigbaren Dauer der Arbeitssuche bleibt dabei allerdings völlig offen, damit aber auch jene nach dem Anteil der durch Unterstützungszahlungen induzierten Arbeitslosigkeit.

Wir haben argumentiert, daß es bestimmte Personengruppen gibt, auf die die Annahmen der Theorie vom fehlenden Leistungsanreiz in gewissem Ausmaß zutreffen; auch dies würde sich in den entsprechenden Korrelationen niederschlagen. Was hier strittig ist, ist dann die Frage der Interpretation dieser empirischen Zusammenhänge – der Schluß auf »Freiwilligkeit« ist jedenfalls aufgrund einer derartigen Datenlage nicht gestattet, viel weniger noch der auf »Arbeitsunwilligkeit«. Je weiter man sich vom Extremfall jener Personen, denen schlecht bezahlte, anstrengende und mit minimalem oder gar negativem Prestige besetzte Arbeiten angeboten werden, entfernt, desto unrealistischer werden hingegen die Annahmen selbst. Dem wird auch im common sense Rechnung getragen, wenn sich der Schmarotzerverdacht vor allem gegen Einkommenschwache richtet. Vermutlich werden sich auch die »wirklich Bedürftigen«, von denen die Schmarotzerriecher so gerne reden, am ehesten aus dieser Gruppe rekrutieren. Ihre Mitglieder sind dann die Empfänger einer Doppelbotschaft, die gnadenlose Verfolgung androht und gleichzeitig väterliche Fürsorge verheißt. Die Gruppe der »wirklich Bedürftigen« ist selbstverständlich genauso schemenhaft wie die der »Schmarotzer«, und kein einzelner Betroffener kann angeben, welcher davon er gezählt wird.

Jedenfalls haben die empirischen ökonomischen Arbeiten nichts zutage gefördert, was auf Mißbrauch des Arbeitslosenunterstützungssystems schließen ließe; die jüngste österreichische Arbeit zu diesem Thema findet nicht einmal einen Zusammenhang zwischen Ersatzrate und Dauer der Betroffenheit.<sup>32</sup> Auch Spindler und Maki mußten sich gegenüber ihren Kritikern zu dem Eingeständnis bequemen, daß

»... aufgrund der mit den verschiedenen empirischen Modellen verbundenen Probleme ist zu vermuten, daß die Hypothese der Versicherungsinduzierten Arbeitslosigkeit noch nicht hinreichend überprüft oder die Bedeutung ihrer Wirkung genau festgestellt ist.«<sup>33</sup>

Für die durchwegs bescheidenen Korrelationen, die in einigen empirischen Arbeiten gefunden wurden, lassen sich jedenfalls mühelos Alternativklärungen finden, die ohne die Unterstellung der Arbeitsunwilligkeit oder der Freiwilligkeit der Arbeitslosigkeit auskommen. Es sei schließlich noch daran erinnert, daß dort, wo die offiziellen Daten der Arbeitsmarktverwaltung verwendet wurden – und das war bei den meisten Studien der Fall –, ein Zusammenhang zwischen der Höhe der Unterstützungszahlungen und den Arbeitslosenraten von vornherein mehrdeutig ist: Erhöhte Zahlungen verstärken natürlich den Anreiz, sich als Arbeitsloser vormerken zu lassen. Dies mit einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit gleichzusetzen, wäre ein für den empirisch vorgehenden Sozialwissenschaftler geradezu bizarres methodologisches Manöver.

Die Spärlichkeit dieser empirischen Befunde steht in einem bemerkenswerten Kontrast zur aprioristischen Zuversicht, mit der die Ökonomie Akteure entwirft, ohne die es keine Arbeitslosenraten oder Unterstützungszahlungen geben könnte. Diese Akteure werden zwar »rational« genannt, wirken aber durchaus unsympathisch; die bunte Fülle ihrer Lebenslagen und ihrer Motive wird aggregiert, und es wird ein Strichmännchen vom Menschen gezeichnet, das man dann in den Koeffizienten der Regressionsgleichungen wiederfinden möchte – ein ziemlich ödes Forschungsprogramm, das weitgehend erfolglos geblieben ist.

Eine intensive Auseinandersetzung mit der Empirie würde zeigen, daß hier die Handlungen der Wirtschaftssubjekte und der vom Wohlfahrtsstaat vorgegebene institutionelle Rahmen auf eine Weise ineinander verschränkt sind, die sogar vergleichsweise hohe Korrelationen zwischen der Höhe der Unterstützungszahlungen und der Dauer oder dem Volumen der Arbeitslosigkeit in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen als jenes, das theoretische Ökonomie und Ökonometrie zu werfen vorgeben. Hierzu ein Beispiel: Österreichische Bauunternehmer haben auf »die Krise« in einer Weise reagiert, die einen statistischen Zusammenhang zwischen der Höhe des Arbeitslosengeldes und der Dauer der Arbeitslosigkeit herstellt. Sie haben einerseits die November- und Dezemberlöhne durch buchhalterische Machinationen weit über den Jahresdurchschnitt hinaufschnellen lassen, andererseits die Bausaison immer mehr verkürzt. Jenen Arbeitern, die sie vor Weihnachten in großen Mengen entlassen, veräußern sie so die Pille der Arbeitslosigkeit auf Kosten der öffentlichen Hand. Die arbeitslosen Bauarbeiter beziehen dann Arbeitslosenunterstützungen, die wesentlich über dem österreichischen Durchschnitt liegen; ihre Betroffenheitsspannen wurden über die Jahre immer länger. Gehen diese Abertausende von Wertepaaren in die Gleichungen der Ökometer ein, dann muß sich zeigen, daß hohe Unterstützungszahlungen mit langen Betroffenheitsphasen korreliert sind. Mit dem »Anreiz«, Arbeit aufzunehmen, hat dies allerdings nicht das geringste zu tun – wenn Passagiere auf einen Autobus warten, dann wäre es verwegen, die Verspätung des Transportmittels durch die Fahrnswilligkeit der Wartenden zu erklären. Umgekehrt gibt es alleinstehende arbeitslose Mütter, die wenig Notstandshilfe beziehen, denen keine Teilzeitbeschäfti-



gungen angeboten werden, und die oft jahrelang Unterstützungen beziehen. Das System der sozialen Absicherung improvisiert hier. Bessere – und weniger von der Kooperationsbereitschaft einzelner Beamter der Arbeitsmarktverwaltung abhängige – Lösungen ließen sich vermutlich denken; jedenfalls haben wir es hier mit Beziehern zu tun, die die Hypothese bestätigen würden, daß niedrige Zahlungen die Betroffenheitsspannen *verlängern*. Über diese verschiedenen Gruppen zu aggregieren, ist offensichtlich nicht sehr sinnvoll. Die Ökometer sind sich dieses Problems auch bewußt; nur übersetzt sich diese Einsicht nur unzulänglich in ihre Praxis. In anderen Worten: Was oben über die österreichische Bauindustrie und über die Situation alleinstehender Mütter gesagt wurde – und verwandte Erwägungen gelten natürlich für alle anderen Industrienationen – ist etwas, das man *wissen* muß, will man Korrelationen, oder auch das Fehlen einer Korrelation, interpretieren. Hier von einem »Hintergrund«-wissen zu sprechen, und zu unterstellen, daß dieses ohnehin jedermann zur Verfügung steht, während die wahre Wissenschaft quantitative Zusammenhänge »testet«, ist in vielerlei Hinsicht irreführend. Die Lebenswelten und Entscheidungskriterien der verschiedenen Typen von Arbeitslosen und das Funktionieren der verschiedenen Teilarbeitsmärkte, auf denen sie tätig werden, können wohl kaum als allgemein bekannt vorausgesetzt werden; und die erwähnten idiographischen Faktoren sind genau jene, auf die es ankommt. Werden sie vernachlässigt, dann laufen wir Gefahr, unter dem Deckmantel der wahren Wissenschaftlichkeit die Vorurteile der Stammtischrunden zu reproduzieren.

Dort ist ebenfalls alles klar; daß die Menschen arbeitsscheu sind, hat man immer schon gewußt, und das neue Phänomen der Arbeitslosigkeit im Wohlfahrtsstaat kann nur im Licht dieser alten Weisheit gedeutet werden. Da werden dann schauerliche Anekdoten ausgetauscht. Ein vom Arbeitsamt geschickter »Stellenwerber« hat sofort erklärt, er könne keine schweren Lasten heben – daß dies auch gänzlich der Wahrheit entsprechen kann, wenn es z.B. von jemanden vorgebracht wird, der schon dreißig Jahre als Lagerarbeiter tätig war, wird dabei selten in Betracht gezogen. Ein anderer hat frech gesagt, er wolle »nur den Stempel«; auch hier bleibt den Erzählern verborgen, daß dies zum ganz normalen Suchprozeß des Arbeitslosen gehören kann, daß dies sein Ausdrucksmittel ist, um dem Arbeitgeber deutlich zu sagen, daß er *diese* Stelle nicht will – manche Arbeitslosen glauben auch, der Auftrag des Beamten bestünde darin, zu einem Arbeitgeber zu gehen, und sich die Vorstellungskarte stempeln zu lassen. Ein Dritter schließlich war so verwegen, nach dem zu erwartenden Lohn zu fragen, als ob die Unternehmer bei ihren Zulieferern Bestellungen aufgeben würden, in der vagen Hoffnung, daß diese schon irgendwann einmal den Preis nennen würden. Es ist diesmal die Methodologie des Alltags, die den Interpreten der sozialen Welt im Stich läßt – man ist unfähig oder unwillig, jenen Sinn zu entschlüsseln, die der Akteur seinen eigenen Handlungen beilegt oder zumindest beigelegt haben könnte. Betrachten wir hierzu ein Beispiel etwas eingehender. Ein entrüsteter Leserbriefschreiber drängte mit folgendem Vorsatzstück der Folklore über Arbeitslose an die Öffentlichkeit:

»Heute kann man im Gasthaus, beim Friseur etc. Leute aller Berufsstände prahlen hören: ›I bin do net depert, daß i wegen de zwatousend Schilling Unterschied zum Stempelgeld orbeint geh'!«. Alle empörten Dementis vom Sozialminister abwärts gehen an dieser Realität vorbei.«<sup>34</sup>

Man wird vermutlich eingestehen, daß das geschilderte Verhalten eher selten sein dürfte – die wenigsten Leute identifizieren sich öffentlich als Arbeitslose, und noch weniger prahlen mit der Höhe ihrer Bezüge. Die Realität des Leserbriefschreibers erinnert so an jene fliegenden Untertassen, die nur von jenen gesichtet werden können, die an sie glauben. Unterstellen wir jedoch, wiederum um des Arguments willen, daß das geschilderte »Prahlen« tatsächlich beobachtet werden kann. Was dem entrüsteten Leserbriefschreiber als Ausdruck des höchsten Zynismus erscheint, kann dann auch als eine Rationalisierungsstrategie aufgefaßt werden, durch die die erfolglose Arbeitssuche und eine immer bedrohlichere Aussichtslosigkeit bewältigt wird – man stellt die Zwangslage, in der man sich befindet, als Ergebnis ökonomischer Rationalität und sogar besonderer individueller Schläue dar. In einer verzweifelten Vorwärtsstrategie werden jene, die Arbeit haben, als »deppert« charakterisiert. Wer auf diese Art versucht, verbal sein Schicksal zu meistern, ist sich darüber im klaren, daß er sich das Etikett des Schmarotzers einhandelt; gleichzeitig kann er aber jenes des ökonomischen Versagers abwehren. Der Akteur ist dann jemand, der die Rolle des rationalen Arbeitsverweigerers spielt, die ihm von seiner Umwelt auf den Leib geschneidert wurde, und die ihm unter den verfügbaren Darstellungs- und Rationalisierungsstrategien noch am attraktivsten erscheint. Dies mag damit zu tun haben, daß Korruption großen Stils in der öffentlichen Debatte recht mehrdeutig bewertet wird – da gibt es stets mehr als bloße Spurenelemente von Bewunderung für die »Intelligenz« der Korruptionisten. Es wäre daher nicht überraschend, wenn man die verbale Schmalspurvariante dieses Verhaltens auch bei Arbeitslosen finden könnte. Daß man damit statt Bewunderung die moralische Entrüstung von Leserbriefschreibern einheimsen kann, muß dabei in Kauf genommen werden. Letztere nehmen das »Prahlen« wörtlich, als Ausdruck des realen moralischen Verfalls.

Die Reaktion des Arbeitslosen ergibt sich hier ganz natürlich aus der Perspektive, die an ihn herangetragen wird. Die ökonomistische Ideologie kann dann nicht nur Auswirkungen darauf haben, wie Handlungsmotive von anderen gedeutet werden, sondern auch auf ihre Darstellung durch die Akteure selbst. Es geht hier nicht um reale, psychologisch wirksame Motive, sondern um die Wahrnehmung, welche Darstellung eines Motivs unter den zur Verfügung stehenden die attraktivere und akzeptablere ist. Wir haben es dann mit einer Übernahme des Darstellungsrepertoires der Etikettierer durch die Etikettierten zu tun, ohne daß deshalb das Selbstbild der letzteren berührt wäre. In ähnlicher Weise frotzeln Fußballrowdies neugierige Reporter mit Horrorgeschichten. Auch die von Stanley Cohen untersuchten »Mods« und »Rockers« fügen sich diesem Modell:

»Vieles am Verhalten von Mods und Rockern kann als Ausdruck eines Rollenspielmodells verstanden werden: das Posieren für Fotos, das Skandieren von Schlachtrufen, die kriegerische Gestik, die Phantasieereien über Superbanden, das Tragen besonderer Abzeichen, ein Scheinangriff auf das Eisauto, den Mädchen nachzupfeifen, die Anmache der ›Anderen‹: alle diese Akte von ›Rowdytum‹ können auch als Darstellung von Geisteskrankheit angesehen werden, zu der diejenigen Zuflucht genommen haben, die als geisteskrank bezeichnet werden.«<sup>35</sup>

Aus einer Reihe verschiedener Motive erweist sich hier der Deviante dem Außenstehenden gefällig, indem er mit der gewünschten – auch schockierenden Darstellung –

aufwartet. Man erinnere sich auch an den Autor der »Schmarotzerserie« einer österreichischen Tageszeitung, der anlässlich einer Fernsehdiskussion voll Kummer und Empörung eine Ansichtskarte präsentierte, auf der ihm österreichische »Arbeitslose« Grüße aus Bali entboten. Angesichts solcher Komplexitäten – Urlauber, die die populäre Wahrnehmung der Arbeitslosen parodieren, Arbeitslose, die sich selbst parodieren etc. – ist es am einfachsten, man nimmt alle Darstellungen beim Wort; es ist ein wichtiges Merkmal der Ideologie, daß ihr das Auge für die Subtilitäten der sozialen Welt fehlt.

So kann man den rationalen Schmarotzer als jemanden verstehen, der notgedrungen den Wirtschaftskriminellen im Westentaschenformat spielt. Je weniger Freiheit der Selbstdarstellung besteht, desto näher rückt die Darstellung an ein »Geständnis« des Betroffenen, das ihm unter einer symbolischen Folter abgepreßt wurde. Der Arbeitslose wird dann zum willfährigen Sündenbock einer Gesellschaft, die sich ungelösten Zurechnungs- und Verteilungsproblemen gegenübersteht. Diese »Neurose« bricht in der gemischten Ökonomie am ehesten aus; die *laissez-faire* Ökonomie der Vergangenheit ist von ihr so unberührt wie die sozialistische Utopie der Zukunft. Die Verbindung aus zentraler Intervention und Marktwirtschaft erzeugt ein Ausufer von Mechanismen – Subventionen, Steuerbefreiungen, Sozialleistungen –, die schwer überschaubar und desto schwerer bewertbar sind. Das Gefühl, daß sie schlechter aussteigen als andere, kann dann ohne weiteres bei *allen* entstehen. Ein Tankwart, der wenig verdient, sieht sich einem Tankstellenpächter gegenüber, den seine Arbeitskraft viel kostet. Je höher die Staatsquote, desto weiter klafft die Schere auseinander; ohne größeren psychologischen Aufwand kann dieser Abgrund nur von jenen überbrückt werden, die der Auffassung sind, daß die der individuellen Verfügungsmacht entzogenen finanziellen Mittel weise – also gerecht, effizient etc. – verwendet werden. Angesichts von Eisenbahnern, die nach 30 Dienstjahren in Pension gehen, von (steuerfreien) Mehrfacheinkommen bei Politikern, von Kinderbeihilfen und Überstundenzuschlägen, wachsen Verteilungen heran, von denen kein Mensch mehr sagen kann, ob sie gerecht sind und nach welchen Gerechtigkeitskriterien sie überhaupt bewertet werden sollen; es ist also keineswegs einfach, zu der erwähnten Auffassung zu gelangen. Das Problem wird minimiert, indem die Staatsquote minimiert wird; daher rührt ein Teil der Attraktivität libertärer politischer Entwürfe – es gibt keinen unsichtbaren Dritten, der dafür verantwortlich ist, daß sich beide Partner einer Transaktion überverteilt fühlen. Trotz der Bemühungen diverser konservativer Politiker sind diese radikalen Lösungen noch ziemlich weit von der Verwirklichung entfernt. Die Zurechnungsprobleme bestehen weiter und verlangen nach theoretischer und praktischer Bewältigung. Die Fortschreibung bestehender Verteilungen bietet sich dann als einfaches Ordnungsprinzip an. In einer Parodie der libertären Konzeption wird eine Verteilung als »gerecht« akzeptiert, die irgendwie – aufgrund historischer Zufälligkeiten, der Unfähigkeit der Bürokratie, sich wandelnder Konsumgewohnheiten, der variierenden Durchschlagskraft verschiedener Lobbies etc. – zustande gekommen ist. Die Beliebtheit dieses Prinzips zeigt sich im Eifer, mit dem korrigierende Eingriffe bekämpft werden.

So kurz die Geschichte der gemischten Ökonomie ist, so weit zurück reicht die Ausformung der moralischen Intuitionen, die in dieser Situation suspendiert werden müssen. Die Ersetzung gesellschaftspolitischer Ordnungsvorstellungen durch die faktischen Ergebnisse kontingenter historischer Abläufe erzeugt individuelles Unbehagen; es entstehen Schuldgefühle, die vielleicht nicht sehr deutlich wahrgenommen werden, aber dennoch dem Sündenbock aufgeladen werden können. Wenn »Schmarotzer« zu sein bedeutet, sich Einkommensvorteile zu verschaffen, denen keine entsprechende Gegenleistung gegenübersteht, dann ist höchst unklar, wer von diesem Vorwurf eigentlich betroffen ist. Ein vager Verdacht, der auch über Ärzten, Eisenbahnern und Hofratswitwen schwebt, kann so auf eine kleine und artikulationsunfähige Gruppe abgelenkt werden. Dort, so wird unterstellt, ist wenigstens alles klar: da sind Leute freiwillig arbeitslos und leben – »zwar nicht fürstlich, aber einigermaßen bequem« – auf Kosten anderer. Die Entrüstung der Rechtschaffenen wird so zur moralischen Panik, die wie der Hexenwahn in der verschütteten Einsicht in die eigene Sündhaftigkeit wurzelt. Der Sündenbock erweist sich dem Stamm gefällig, indem er sich selbst als typischsten Vertreter einer Geisteshaltung präsentiert, die sich mit größerer Wahrscheinlichkeit bei anderen findet, dort aber nicht eingestanden wird. So behaupten sich die alten moralischen Schablonen Seite an Seite mit dem vorgeblich wertneutralen wissenschaftlichen Weltbild; und in einer Parodie jener Abwehrmaßnahmen, die die höheren Schichten treffen müssen, wollen sie ihrer positionellen Vorteile nicht verlustig gehen, wird dem kleinen Sozialschmarotzer der öffentlichen Meinung vorenthalten, was sich Großkorruptionisten immer schon herausgenommen haben – daß ihre Devianz als Produkt jener unternehmerischen Intelligenz interpretiert wird, die angeblich auch die offizielle Wirtschaft in Schwung hält. So wird auch noch die Typisierung abweichenden Verhaltens als »white-collar«-Kriminalität zum schichtspezifischen Privileg, das mit Zähnen und Klauen verteidigt werden muß. Wissenschaft, Medien und die Deutungsroutrinen des Alltags wirken so zusammen, um einen folkloristischen Konsens von weitreichender politischer Bedeutung herzustellen. Unvollständigkeit der Information spielt in all diesen Fällen eine wichtige Rolle – ein außergewöhnlich komplexer Bereich der sozialen Wirklichkeit wird auf wenige griffige Formeln gebracht, die jene kognitive Ordnung stiften, die man braucht oder zu brauchen vermeint. Wie wir gesehen haben, sollte eine Erweiterung und Differenzierung des kognitiven »Hintergrundes« in viele verschiedene Richtungen führen – die Probleme, die uns dabei begegnen, stehen in einem traditionsreichen Diskussionszusammenhang, sind aber unter anderem auch deshalb alles andere als gelöst: die Abgrenzung zwischen Rationalität und Moral, das Problem der Freiheit von Handlungen, die Frage des (materialen?) a priori, die Adäquatheitsbestimmungen statistischer Erklärungen und der Deutung sinnhaften menschlichen Handelns. Manchmal allerdings kann man es sich doch wesentlich einfacher machen. Der eingangs erwähnte Artikel erschien am 18. August 1987. Es hatte dort auch geheißen: »Jetzt schlägt die Wirtschaft Alarm«. Die Erfahrung lehrt, daß die Wortführer dieser Panikmache aus wenigen Branchen kommen, unter anderem der Gastronomie. Vor allem jedoch ist hier die Bauwirtschaft zu nennen, mit ihrem unregelmäßigen

und durch die eigene betriebliche Politik verschärften Spitzenbedarf an Arbeitskräften. Ein Blick auf die offizielle österreichische Baustatistik zeigt allerdings, daß die Anzahl der Lohnempfänger in der österreichischen Bauindustrie von Ende Juli bis Ende August 1987 von 103 638 auf 94 797 zurückging.<sup>36</sup> Dieser Rückgang um 8 841 Beschäftigte entspricht 17,5 % der seit Februar aufgenommenen Arbeiter. Diese höchst flexible Anpassungsleistung der Bauwirtschaft war ein Novum – in den Jahren vorher war die Zahl der Lohnempfänger von Juli auf August entweder leicht gestiegen oder unverändert geblieben. Diese Beschäftigungspolitik, bei der die Aufnahmen und die Entlassungen eine Nettobilanz von -8841 ergeben, fiel also in eben jenen Zeitraum, wo »die Wirtschaft« Alarm schlug, daß sie ihre offenen Stellen nicht besetzen könnte. Die Tagespresse ließ dazu willig ihr Sprachrohr; die so verstärkten Klagen waren ziemlich laut, während der Personalabbau sehr leise vor sich ging. Das mehr oder weniger subtile Jonglieren mit einer komplexen Begrifflichkeit und einer nicht leicht zu analysierenden Konstellation empirischer Daten wird dann von der Logik des Hexeneinmaleins abgelöst, so daß Schwarz diesmal Weiß ist, und umgekehrt.

## Anmerkungen

- 1 Neue Kronen Zeitung, 18.8.1987.
- 2 Herbert G. Grubel and Michael A. Walker, »Moral Hazard, Unemployment Insurance and the Rate of Unemployment«, in: dies. (eds.), Unemployment Insurance. Global Evidence of its Effects on Unemployment (Vancouver 1978), pp.1-35.
- 3 Herbert G. Grubel and Dennis R. Maki, »The Effects of Unemployment Benefits on U.S. Unemployment Rates«, Weltwirtschaftliches Archiv 112, 1976, p. 284.
- 4 Keith Hawkins, Unemployment: Facts, Figures and Possible Solutions for Britain (Harmondsworth 1979), p. 36.
- 5 Grubel and Maki, op. cit., p. 284.
- 6 Friedrich A. Hayek, The Constitution of Liberty (London 1960), p. 17.
- 7 Gilbert Ryle, The Concept of Mind (Harmondsworth 1973), p. 67 ff.
- 8 Guy Standing, »The Notion of Voluntary Unemployment«, International Labour Review 120, 1981, p. 576.
- 9 Klaus Rittenbruch, Vollbeschäftigung und Arten der Unterbeschäftigung in Arbeitsmarktmodellen – Ein Vergleich (I), Das Wirtschaftsstudium 16, 1987, p. 519.
- 10 Standing, op.cit., p. 568.
- 11 Frank Field, »Control Measures against Abuse«, in: derselbe (ed.), The Conscript Army. A Study of Britain's Unemployed (London 1977), p. 54.
- 12 loc.cit.
- 13 cf. Standing, op.cit., p. 564.
- 14 A.B. Atkinson, »Unemployment Benefits and Incentives«, in: John Creedy, The Economics of Unemployment in Britain (London 1981), p. 128.
- 15 Dennis R. Maki and Z.A. Spindler, »The Effect of Unemployment Compensation on the Rate of Unemployment in Great Britain«, Oxford Economic Papers 27, 1975, pp. 440-454.
- 16 Malcolm S. Sawyer, »The Effects of Unemployment Compensation on the Rate of Unemployment in Great Britain: a Comment«, Oxford Economic Papers 31, 1979, p. 144.
- 17 A.B. Atkinson et al., »Unemployment Benefit, Duration and Incentives in Britain. How Robust Is the Evidence?«, Journal of Public Economics 23, 1984, p. 5.
- 18 S.J. Nickell, »The Effect of Unemployment and Related Benefits on the Duration of Unemployment«, The Economic Journal 89, 1979, p. 37.

- 19 *ibid.*, p. 38.
- 20 *loc.cit.*
- 21 *ibid.*, p. 42 ff.
- 22 *ibid.*, p. 38.
- 23 Heinz König, Zur Dauer der Arbeitslosigkeit: Ein Markov-Modell, *Kyklos* 31, 1978, p. 50.
- 24 Franz Egle und Werner Karr, Freiwillige Arbeitslosigkeit? Anmerkung zum Aufsatz von Heinz König, *Kyklos* 33, 1980, p. 152.
- 25 Gary S. Fields, »Direct Labor Market Effects of Unemployment Insurance«, *Industrial Relations* 16, 1977, p. 6.
- 26 *ibid.*, p. 12.
- 27 M. Gerard et al., »The Effects of Unemployment Benefits on Unemployment Rates: General Remarks and an Analysis of the Belgian Case«, in: Grubel and Walker, *op.cit.* pp. 146-168.
- 28 Nickell, *op.cit.*, p. 35.
- 29 Grubel and Maki, *op.cit.*, p. 284.
- 30 *loc.cit.*
- 31 Standing, *op.cit.*, p. 565.
- 32 Elvira Erath et al. Ungleiche Lasten: Die Struktur der Arbeitslosigkeit in Österreich 1979-1985 (Wien 1987), p. 187 ff.
- 33 Z.A. Spindler and Dennis Maki, »More on the Effects of Unemployment Compensation on the rate of Unemployment in Great Britain«, *Oxford Economic Papers* 31, 1979, p. 159.
- 34 *Kleine Zeitung*, 12.2.1988.
- 35 Stanley Cohen, *Folk Devils & Moral Panics* (Oxford 1980). p. 164.
- 36 *Baustatistik* 1987, 1. Teil, in: *Beiträge zur österreichischen Statistik*, Heft 890 (Herausgegeben vom österreichischen Statistischen Zentralamt, Wien 1988).